

Bosnien-Herzegowina

Gesamteinschätzung

Bereits im Vorjahr ist die Wirtschaft Bosnien-Herzegowinas nach den zweistelligen Wachstumsraten in der zweiten Hälfte der 90er Jahre auf einen moderateren Wachstumspfad eingeschwenkt. 2001 hat das BIP real um 5,6% zugenommen, nach 7,8% im Vorjahr. Der Grund für den Rückgang der Wachstumsraten ist der verminderte Zustrom internationaler Finanzhilfen, die nur noch 6% des BIP ausmachen. Das BIP erreichte 2001 erst wenig mehr als die Hälfte des Vorkriegsniveaus. Auch im Berichtsjahr war die Entwicklung in der bosnisch-kroatischen Föderation, in der das BIP um 7% expandierte, deutlich besser als in der Serbischen Republik (RS) mit einem Plus von 2,5%. Noch deutlicher fällt die Differenz bei der industriellen Produktion aus, die in der Föderation um 12,2% gesteigert wurde, während in der RS ein Rückgang von 12,9% zu verzeichnen war. Im Gesamtstaat expandierte die industrielle Produktion um 3,8%. Für das laufende Jahr wird ein sich weiter abschwächendes Wachstumstempo von 2,5% erwartet, wobei die Entwicklung in der Föderation wiederum günstiger ausfallen dürfte als in der RS.

Trotz der geteilten wirtschaftlichen Entwicklung schreitet die Integration des Landes voran. Unter dem Eindruck der makroökonomischen Stabilisierung und der Wiederherstellung der im Krieg völlig zerstörten Infrastruktur wurden die ethnischen Spannungen weitgehend abgebaut. Die Harmonisierung der indirekten Steuern ist inzwischen abgeschlossen, und die Bildung gemeinsamer Institutionen ist auf den Weg gebracht worden.

Die aus den Wahlen Ende 2000 hervorgegangenen neuen Regierungen der beiden Entitäten haben das Reformtempo wieder verschärft. Insbesondere die Rehabilitierung der Banken macht rasche Fortschritte. Bereits 90% der Aktiva des gesamten Bankensektors in der Föderation werden von Privaten gehalten, 70% von ausländischen Investoren. In der RS sind 50% der Aktiva des Bankensektors in privater Hand, 35% bei ausländischen Instituten. Die Privatisierung der Unternehmen hinkt dagegen dem Zeitplan deutlich hinterher. Insbesondere die „große“ Privatisierung hat sich bisher als reine Insider-Privatisierung erwiesen. Nach der Abgabe von Anteilen an die Besitzer von Vouchers oder Zertifikaten können nun strategische Investoren die restlichen Anteile erwerben, wobei die Hoffnungen auf ausländischen Unternehmen ruhen. Das Interesse von Investoren, die Kapital und know how einbringen können, blieb bisher aber außerordentlich gering. Dies gilt noch verstärkt für die Privatisierung strategischer Unternehmen. Ausländische Direktinvestitionen werden als unverzichtbar für eine Restrukturierung der Wirtschaft erachtet; sie sollen zudem den nachlassenden Zustrom von Finanzhilfen der internationalen Gebergemeinschaft kompensieren.

Produktion und Verwendung des BIP

Die Daten über Niveau und Entwicklung des Sozialprodukts sind nach wie vor mit erheblichen Unsicherheiten behaftet. Für 2001 existieren erst Schätzungen, die im Laufe des Jahres erfahrungsgemäß noch häufiger revidiert werden dürften. Auch die Angaben für 2000 sind noch nicht endgültig. Zudem differieren die Zahlen aus unterschiedlichen Quellen ganz erheblich. Nach vorliegenden Schätzungen war das Wirtschaftswachstum im Jahr 2001 mit 5,6% des BIP weiter leicht rückläufig (2000: 7,8%). In der zweiten Hälfte der 90er Jahre konnten noch zweistellige Wachstumsraten realisiert werden. Für das laufende Jahr ist mit einer weiteren Abschwächung des Wachstums auf rund 2,5% zu rechnen. Erst wenn die eingeleiteten strukturellen Reformen greifen, dürfte wieder eine höhere Wachstumsrate erreichbar sein.

Die industrielle Produktion hat im Jahresdurchschnitt um 3,8% zugelegt. Im Dezember-Vergleich lag der Ausstoß der Industrie dagegen um 3,5% unter dem Vorjahreswert. Der Abwärtstrend im Jahres-

verlauf ist auf die außerordentlich schlechte Entwicklung in der RS zurückzuführen, während in der Föderation ein gutes Ergebnis zu verzeichnen war.

In der RS lag die industrielle Produktion im Jahresdurchschnitt um 12,9% unter dem Vorjahresniveau. Im Jahresend-Vergleich zeigt sich sogar ein dramatisch beschleunigter Rückgang von 25,4%. Nur die Produktion langlebiger Konsumgüter stieg stark an (35,9%); alle anderen Branchen verzeichneten Rückgänge zwischen 3% und 28,6% im Jahresdurchschnitt.

In der Föderation erhöhte sich die industrielle Produktion durchschnittlich um 12,9%. Auf Jahresendbasis ergibt sich eine Produktionssteigerung von 7,4%. Dies zeigt auch hier eine im Jahresverlauf nachlassende Dynamik an. Betrachtet nach Hauptgruppen, schnitt die Produktion von Investitionsgütern am besten ab (24,7%). Es folgen nicht-langlebige Konsumgüter (23,5%), langlebige Konsumgüter (23,3%), Zwischenprodukte (8,2%) und Energie (8,5%). Die Energiegewinnung trägt mehr als ein Drittel zur gesamten industriellen Produktion bei.

Angaben über die Entwicklung der Bauwirtschaft im Gesamtstaat liegen noch nicht vor. Schätzungen gehen von einem starken Rückgang in der Bauwirtschaft in der RS aus, wo mit einem Einbruch zwischen 15% und 20% gerechnet wird, nachdem bereits im Vorjahr ein Minus von rd. 8% zu verzeichnen war. In der Föderation wird ebenfalls mit einer rückläufigen Entwicklung gerechnet. Hier dürfte der Rückgang aber mit 4% bis 5% relativ verhalten ausfallen. Im Vorjahr wurde noch ein Produktionsplus von 8,2% erreicht. Die rückläufigen ausländischen Finanzhilfen treffen die Bauwirtschaft besonders hart.

Die landwirtschaftliche Produktion hat sich 2001 nach der Missernte im Vorjahr erholt. Konkrete Daten über die Entwicklung der Landwirtschaft liegen aber noch nicht vor.

Die ausländischen Direktinvestitionen blieben 2001 mit rd. 130 Mio. USD unter dem Vorjahresniveau (150 Mio. USD). Zusammen mit den rückläufigen Finanzhilfen der internationalen Gebergemeinschaft (von 582 Mio. USD auf 517 Mio. USD in 2001) werden davon auch die Investitionen negativ beeinflusst. Die Investitionsquote wird 2001 nur noch auf rund 19% geschätzt, nach 20% im Vorjahr. Auch 2001 lagen die Investitionen der öffentlichen Hand mit 13% des BIP weit über den privaten Investitionen (6% des BIP). Die Investitionen der öffentlichen Hand werden von ausländischen Finanzhilfen und Krediten getragen. Dies zeigt, dass es bisher nicht gelungen ist, einen selbsttragenden Aufschwung zu initiieren. Das Land bleibt nach wie vor auf ausländisches Kapital dringend angewiesen. Für das laufende sowie für das kommende Jahr werden zwar wieder höhere ADI in Höhe von rd. 250 Mio. bzw. 300 Mio. USD erwartet. Dieser Anstieg kompensiert aber gerade den Rückgang bei den Finanzhilfen der internationalen Gebergemeinschaft.

Der zwar rückläufige, aber noch immer hohe Zustrom ausländischen Kapitals ermöglicht weiterhin konsumtive Ausgaben in Höhe von rd. 103% des BIP.

Arbeitsmärkte, soziale Lage

Die verhaltene wirtschaftliche Entwicklung hat den Arbeitsmarkt weiter belastet. Ende 2001 standen nach amtlichen Angaben 598 Tsd. Beschäftigten 416 Tsd. offizielle Arbeitslose gegenüber. Daraus errechnet sich eine Arbeitslosenrate von 41%. Im Vergleich zum Vorjahr (Dez.) ist die Beschäftigung stark um rund 41 Tsd. gesunken, während die Zahl der registrierten Arbeitslosen nur um 1.700 zunahm.

Das sich im Jahresverlauf verschlechternde wirtschaftliche Umfeld hat besonders den Arbeitsmarkt in der RS stark belastet. Hier war die Beschäftigung um 35 Tsd. rückläufig. Die Arbeitslosenrate ist von 40,2% im Dezember 2000 auf 43,4% zum Jahresende 2001 gestiegen. Trotz der erhöhten Arbeitslosigkeit

hat aber auch die Zahl der Arbeitslosen absolut von 153 Tsd. auf 148 abgenommen.

In der Föderation war die Entwicklung zwar günstiger als in der RS, aber auch hier war die Beschäftigung rückläufig. Die Arbeitslosigkeit ist von 38,9% auf 39,9% am Jahresende gestiegen. Unqualifizierte Arbeitskräfte stellen mit 35,9% den größten Anteil.

Die amtlichen Arbeitslosenraten lassen jedoch die blühende Schattenwirtschaft außer Betracht. Aufgrund hoher Steuern und Sozialabgaben werden viele Beschäftigte nicht offiziell gemeldet bzw. ihre Löhne zu niedrig angegeben. Ein erheblicher Teil der auffälligen Diskrepanz zwischen dem Abbau der Beschäftigung und der Entwicklung der Arbeitslosigkeit dürfte darauf zurückzuführen sein.

Die Löhne haben trotz der schwierigen Lage auf dem Arbeitsmarkt ihren Aufwärtstrend fortgesetzt. Der durchschnittliche Nettolohn ist von 365 KM auf 413 KM (187 USD) im Dezember 2001 gestiegen. In der Föderation liegen die durchschnittlichen Nettolöhne am Jahresende mit 458 KM (208 USD) zwar noch immer deutlich über denen in der RS, wo 332 KM (151 USD) bezahlt werden. Doch der Abstand vermindert sich weiter, wie die reale Erhöhung von 11% in der RS zeigt, wogegen in der Föderation nur eine Steigerung um 7,8% zu verzeichnen war.

Die Rentenzahlungen wurden im Jahr 2000 in beiden Entitäten drastisch gekürzt. In der RS wurden sie halbiert, in der Föderation um 15% vermindert. Anlass war die extreme Belastung der Rentenkassen. Ende 2001 standen 633 Tsd. Beschäftigten 422 Tsd. Arbeitslose sowie 459 Tsd. Rentner gegenüber. Im Einvernehmen mit den internationalen Finanzorganisationen wurden deshalb die Rentenkürzungen durchgeführt. Die Durchschnittsrenten lagen im Oktober 2001 bei 145 KM. Dies entspricht 33% des Nettolohns. In der Föderation waren die Renten mit 170 KM zwar höher als in der RS mit 105 KM, doch hatten die Pensionäre in der Föderation reale Verluste zu beklagen, während die Renten in der RS von 80 KM auf 105 KM gestiegen sind.

Die Situation der Rentner wird dadurch erträglicher, dass die verspätete Auszahlung der Renten 2001 zurückgeführt worden ist. Haben sich die Rückstände bei der Auszahlung von Renten, Gehältern und Sozialleistungen 2000 noch auf rd. 4% des BIP summiert, so waren es 2001 nur noch knapp 1%.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Der konsolidierte Haushalt wies auch 2001 ein Defizit aus, das wiederum über den mit den internationalen Finanzinstitutionen abgestimmten Vorgaben lag. Doch hat sich die Lücke im Vergleich zum Vorjahr erheblich vermindert. Einnahmen in Höhe von rund 5,5 Mrd. KM standen Ausgaben über rund 6,1 Mrd. KM gegenüber. Das Haushaltsdefizit belief sich auf 600 Mio. KM oder 6,3% des BIP. Wie bereits in

den Vorjahren machten ausländische Finanzhilfen (2001 8% des BIP nach 10% im Vorjahr) einen beträchtlichen Teil der Einnahmen aus.

Das Defizit wurde zum größten Teil mit Hilfe ausländischer Kredite gedeckt. Diese werden mit den internationalen Finanzinstitutionen in einer Höhe festgelegt, die zur Deckung des Haushaltsdefizits ausreicht. Zudem ist es den beiden Entitäten zum ersten Mal seit vier Jahren gelungen, die Zahlungsrückstände bei Rentnern, Transferempfängern, Staatsbediensteten und Lieferanten abzubauen. Diese stellten eine erzwungene Kreditgewährung seitens der Gläubiger dar, die nicht im Haushalt verbucht wurde und Ende 2001 rd. 10% des BIP erreichte. Die zusätzlichen Zahlungsrückstände erreichten 2001 nur noch rd. 1% des BIP, im Vorjahr waren es noch rd. 4%. In der Praxis besteht bei Mindereinnahmen oder ungeplanten Mehrausgaben keine andere Möglichkeit, als Lohn- oder Rentenzahlungen zu verschieben, da (mit Ausnahme der zuvor zugesagten ausländischen Kreditfinanzierung) ein ausgeglichener Haushalt vorzulegen ist.

Die für 2002 vorgelegten Haushalte sehen Mehreinnahmen sowie auch -ausgaben in Höhe von 110 Mio. KM vor. Doch sind Zweifel angebracht, ob die Mehreinnahmen tatsächlich realisiert werden können. Die aus den indirekten Steuern resultierenden Einnahmesteigerungen werden etwa in der Föderation doppelt so hoch geschätzt wie das Wachstum des Sozialprodukts.

Dass die Zahlungsrückstände der öffentlichen Hand mit einer geringeren Dynamik wachsen, ist im wesentlichen auf die Kürzung der Renten in beiden Entitäten zurückzuführen. Die Durchschnittsrente würde in der Föderation um 15%, in der RS sogar um 50% gekürzt. Damit wurde das Ungleichgewicht im Staatshaushalt zu Gunsten von Löhnen und Sozialleistungen und zu Lasten der Investitionen korrigiert. Im laufenden Jahr werden in der Föderation rd. 10 Tsd. Soldaten demobilisiert. Eine Maßnahme, die in der RS bereits durchgeführt wurde. Dadurch sollen langfristig Ausgaben in Höhe von 1,25% des BIP eingespart werden. Die u.a. von westlichen Geberländern geforderte Vereinigung der beiden Armeen würde langfristig eine weitere Entlastung der Haushalte bedeuten. Dazu sind die beiden Teilstaaten aber noch nicht bereit.

Maßnahmen zur Stärkung der Einnahmenseite wurden ebenfalls ergriffen. Die Verkaufssteuer wurde vereinheitlicht und drastisch vereinfacht. In beiden Entitäten wurden exzessiv hohe Steuersätze vermindert und praktisch alle Ausnahmen gestrichen. Es gelten nun einheitliche Sätze von 20% und 10% bei einer nahezu identischen Basis. Nahrungsmittel sind ganz von der Steuer ausgenommen. Auf mittlere Sicht ist die Einführung einer Mehrwertsteuer im ganzen Land geplant.

Unterschiede zwischen den beiden Teilstaaten bestehen noch bei den direkten Steuern, die in der RS tendenziell niedriger sind. Die Vorbereitung für

die Einführung einer harmonisierten Einkommensteuer sind aber bereits angelaufen. Doch auch bei den Sozialabgaben sind bedeutende Unterschiede auszumachen. In der RS teilen sich Arbeitgeber und -nehmer die Beiträge zur Krankenversicherung und zur Rentenversicherung je zur Hälfte (je 7,25% bzw. 11%). In der Föderation haben die Arbeitnehmer den größeren Anteil zu tragen. Bei der Krankenversicherung sind die Beitragssätze 13% für Arbeitnehmer und 4% für Arbeitgeber, zur Altersversorgung 17% bzw. 7%.

Eine allgemeine Rationalisierung des Steuersystems erscheint mittelfristig ebenfalls notwendig. Bisher entscheiden häufig Gebietskörperschaften über die Höhe von Steuern, die dann an andere Ebenen gehen. Oft werden die Steuern auch nicht von den Ebenen eingezogen, die sie letztlich erhalten. Damit werden die falschen Anreize gesetzt. Zudem existiert zwischen beiden Entitäten ein heftiger Steuerwettbewerb, der sich im Falle eines einheitlichen Wirtschaftsraumes kontraproduktiv auswirkt und der Steuervermeidung Tür und Tor öffnet.

Die Verschuldung der öffentlichen Hand besteht aus mehreren Komponenten. Die Auslandsverschuldung beträgt rd. 58% des BIP, während die Kreditaufnahme bei Geschäftsbanken nur rd. 0,5% des BIP ausmacht. Neben den offiziellen Schulden existiert das Problem der eingefrorenen Devisenguthaben der Bürger, die sich auf rd. 30% des BIP summieren und die noch ein Erbe der gesamtjugoslawischen Ära darstellen. Weitere 10% des BIP entfallen auf Zahlungsrückstände bei Rentnern, Staatsbediensteten, Beziehern von Sozialleistungen u.ä. Rechnet man die inoffizielle Verschuldung des Staates bei seinen Bürgern hinzu, ergibt sich eine gesamte öffentliche Verschuldung in Höhe von rd. 98,5% des BIP.

Inflation und Geldpolitik

Nach der Einführung des Currency boards 1997 stellte die Inflation kein Problem mehr dar. Auch 2001 blieb die Preisentwicklung unter Kontrolle. Der Konsumentenpreisindex ist im Jahresdurchschnitt um 3,3% gestiegen. Auf Jahresendbasis war nur noch eine Erhöhung um 0,8% zu beobachten, was einen nachlassenden Preisdruck im Jahresverlauf anzeigt. Die sich 2001 weiter abschwächenden Inflationsunterschiede in den beiden Entitäten sind ein Zeichen für die zunehmende wirtschaftliche Integration des Landes, da sie eine Konvergenz der Preise beinhalten. In der Föderation sind die Konsumgüterpreise im Jahresdurchschnitt um 1,7% gestiegen, auf Jahresendbasis nur um 0,3%. Bis September waren die Preise sogar rückläufig; erst ab September waren wieder steigende Preise zu beobachten. Dagegen lagen in der RS die Konsumgüterpreise im Jahresdurchschnitt um 6,5% höher. Die höchsten Steigerungsraten verzeichneten Dienstleistungen

(18,2%) und landwirtschaftliche Produkte (12,7%). Auf Jahresendbasis war aber auch hier die Entwicklung mit 1,9% sehr viel verhaltener. Damit dürfte der Konvergenzprozess weitgehend abgeschlossen sein.

Das Currency board-Regime wird lt. Vorgaben des Abkommens von Dayton noch bis Mitte 2003 in Kraft bleiben. Danach wird das Parlament über die künftige Organisation entscheiden. Bisher deutet alles darauf hin, dass die derzeit gültige Regelung mit einigen kleineren Änderungen beibehalten wird.

Die Landeswährung Konvertible Marka (KM) blieb während 2001 im Verhältnis 1:1 an die DM gebunden. Ab 1.1.2002 ist die KM direkt an den Euro gebunden: 1 KM = 0,51129 EUR. Der Euro hat aber nicht die Rolle der DM als gesetzliches Zahlungsmittel übernommen. Trotz der hohen Devisenzuflüsse aus Westeuropa, in den vergangenen Jahren rd. 10% des BIP, die nun in Form von Euro ins Land gelangen, wird der Euro nach Ansicht des Zentralbankgouverneurs aber nicht allgemein als Zahlungsmittel akzeptiert werden. Vielmehr ist damit zu rechnen, dass sich die KM als einzige Währung durchsetzen wird. Inzwischen wurde die KM in einigen Geschäftsbanken in Österreich, Deutschland, der Schweiz, Kroatien, Ungarn, Slowenien, der Tschechischen Republik, der Slowakei, der Türkei und Jugoslawien in die Wechseltafeln aufgenommen. Auch dies ein Zeichen für die wachsende Reputation der jungen Währung.

Die Devisenreserven des Bankensystems sind im Zuge der Einführung des Euro stark gestiegen, da die Bürger ihre Bargeldbestände, die in DM gehalten wurden, in KM umtauschten. Alleine die Fremdwährungsreserven der Zentralbank haben von 488 Mio. USD auf 1253 Mio. USD zugenommen.

Die Geldmenge M2 ist ebenfalls im Zuge der Einführung des Euro stark gestiegen. Sie hat sich um 2,2 Mrd. KM auf 4,67 Mrd. KM im Dezember 2001 erhöht, davon allein um 1,69 Mrd. KM im dritten Quartal.

Außenwirtschaft

Die Erfassung der Handelsströme bereitet nach wie vor große Schwierigkeiten. Verschiedene Quellen kommen zu weit voneinander abweichenden Ergebnissen. Die statistischen Ämter der beiden Entitäten weisen für das Jahr 2001 Importe in Höhe von 7,06 Mrd. KM (3,21 Mrd. USD) sowie Exporte über 2,37 Mrd. KM (1,08 Mrd. USD) aus. Damit haben sich sowohl Importe (+7%) wie Exporte (+5%) gegenüber dem Vorjahr leicht erhöht. Das Handelsbilanzdefizit hat sich auf 2,13 Mrd. USD ausgeweitet. Rd. ein Drittel der Importe werden durch eigene Exporte gedeckt. Die Importdeckungsrate hat sich seit 1998 (20,4%) deutlich erhöht.

Wichtigstes Abnehmerland blieb 2001 Italien, wohin 21,7% der Exporte gehen. Es folgen die BR

Jugoslawien (19,3%), Deutschland (13,8%) und Kroatien (9,9%). Die Ausfuhren nach Deutschland und Kroatien wiesen mit 25% bzw. 35% die höchsten Steigerungsraten gegenüber dem Vorjahr aus. Bei den Einfuhren führte Kroatien mit 15,2% vor Italien (13,2%), Slowenien (13%) und Deutschland (10,4%).

Nach wie vor bestehen große Unterschiede im Außenhandel beider Teilstaaten. Der Außenhandelsumsatz der Föderation ist etwa dreimal so hoch wie jener der RS. Das gleiche Verhältnis gilt auch für das Handelsdefizit. Zudem ist der Handel der RS einseitig auf den jugoslawischen Markt ausgerichtet, wohin über die Hälfte der Ausfuhren gehen und der für rd. ein Viertel der Einfuhren steht. Der Handel mit den übrigen Nachbarstaaten Ex-Jugoslawiens steht hier weit stärker im Vordergrund als in der Föderation.

Im Handel mit Deutschland verzeichnet Bosnien-Herzegowina traditionell ein hohes Defizit. 2001 standen bosnischen Exporten in Höhe von 140 Mio. EUR Importe über 407,5 Mio. EUR gegenüber. Das Handelsdefizit hat sich damit trotz der Steigerung der Ausfuhren um 24,4% auf 267,5 Mio. EUR vergrößert (2000: 244 Mio. EUR).

Seit November 2000 genießen Waren und Dienstleistungen aus Bosnien-Herzegowina zollfreien Zutritt zu den Märkten in der EU, während Importe aus der EU weiterhin mit Einfuhrzöllen belastet werden. Mit Kroatien wurde eine Vereinbarung über eine Senkung der Einfuhrzölle nach Bosnien-Herzegowina getroffen. Bereits 2001 wurden die Zölle um 30%, 2002 um 40% und 2003 um weitere 60% reduziert. Ab 2004 werden keine Zölle mehr erhoben. Bosnische Waren genießen dagegen bereits seit 2001 zollfreien Zutritt zum kroatischen Markt. Mit Slowenien besteht ebenfalls ein Freihandelsabkommen.

Mit Jugoslawien wurde Anfang 2002 ein ähnliches Freihandelsabkommen unterzeichnet, das ebenfalls eine asymmetrische Reduzierung der Zölle vorsieht. Sofort nach Inkrafttreten genießen bosnische Waren und Dienstleistungen (mit Ausnahme von Erdöl, Erdölderivaten und gebrauchten Autoreifen) zollfreien Zutritt zum jugoslawischen Markt. Im Gegenzug reduziert Bosnien-Herzegowina seine Einfuhrzölle sofort um 60%, am 1. Januar 2003 um weitere 40%, um sie 2004 schließlich ganz aufzuheben. Ähnliche Abkommen sind mit allen anderen Teilnehmern des Balkan-Stabilitätspaktes (Albanien, Bulgarien, Mazedonien, Rumänien) geplant. Das Ziel ist, dass 90% des intraregionalen Handels bis Ende 2006 liberalisiert werden.

Auf der Prioritätenliste ganz oben steht nun der Beitritt zur WTO. Die Vorbereitungen dazu sind bereits weit gediehen. Ein Beitritt erscheint noch im laufenden Jahr möglich. In kurzer Frist ist wegen der engen Exportbasis aber nicht mit einer durchgreifenden Verbesserung der Handelsbilanz zu rechnen.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Der Restrukturierungsprozess der Wirtschaft hat 2001 wieder Fahrt aufgenommen, nachdem in der zweiten Hälfte des Vorjahres die Reformbemühungen wegen der Wahlen im November zum Stillstand kamen. Die neu gebildeten Regierungen der beiden Entitäten haben v.a. strukturelle Reformen vorangetrieben. Doch sind beide Regierungen relativ schwach. In der Föderation verfügt eine Koalition über eine denkbar knappe Mehrheit im Parlament. In der RS ist die Koalitionsregierung auf die Unterstützung nationalistischer Parteien angewiesen. Darüber hinaus stehen im Oktober 2002 bereits die nächsten Wahlen ins Haus. Es ist somit zu befürchten, dass sich vor der Wahl der Reformprozess wieder verlangsamt. Noch immer werden wichtige Reformmaßnahmen nur durch das Eingreifen des Hohen Repräsentanten in Angriff genommen. Dies gilt verstärkt in Wahlkampfzeiten, die bei zweijährigen Wahlzyklen rasch aufeinander folgen. Die auf die nächste Wahl folgenden Regierungsperioden werden deshalb nicht wie bisher zwei Jahre, sondern vier Jahre dauern.

Für die Einheit des Landes und die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes bedeutete die vorgenommene Verfassungsänderung, die alle diskriminierenden Elemente der alten Verfassungen beseitigte, einen großen Fortschritt. Damit wurde ein Spruch des gesamtstaatlichen Verfassungsgerichts umgesetzt, wonach sowohl in den Verfassungen wie in der Rechtsrealität beider Entitäten alle drei Volksgruppen (Bosniaken, Serben und Kroaten) als konstituierende Elemente anerkannt werden müssen. Dass diese Verfassungsänderung auf einem breiten Konsens zwischen allen Volksgruppen beruhte, zeigt, dass die feindselige Haltung zwischen den Teilstaaten langsam der Überzeugung weicht, dass der Wiederaufbau des Landes nur gemeinsam möglich ist. Dennoch ist an einen Abzug der 19000 Soldaten der internationalen Friedenstruppe gegenwärtig noch nicht zu denken.

Die Privatisierung der Staatsbetriebe (bzw. Betriebe in gesellschaftlichem Eigentum, nachfolgend nur Staatsbetriebe genannt) hat Ende 2000 begonnen, doch die bisherigen Ergebnisse können bestenfalls als gemischt bezeichnet werden. In der Föderation wurde 2001 die zweite Runde der Privatisierung großer Betriebe beendet. In der ersten wie in der zweiten Runde konnten Anteile an den Unternehmen über Zertifikate erworben werden, die als Entschädigung für Ansprüche an den Staat ausgegeben wurden. Bisher wurden lediglich 145 von 1034 Unternehmen dieser Kategorie vollständig privatisiert. In der nächsten Runde, beginnend im Februar 2002, werden die verbliebenen Anteile an Investoren verkauft, die in der Lage sind, dringend benötigte Investitionen zu tätigen und die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen zu stärken. Über Erfolg oder Miss-

erfolg wird letztlich auch entscheiden, ob die verbliebenen Anteile einen bestimmenden Einfluss eines strategischen Investors gewährleisten. Das bisher außerordentlich geringe Interesse der Investoren an strategischen Unternehmen (siehe unten) weckt aber Zweifel, ob selbst bei günstigen Mehrheitsverhältnissen ausreichende Nachfrage besteht.

Die Privatisierung der Kleinbetriebe in der Föderation ist dagegen bisher relativ erfolgreich verlaufen. 199 von 322 Unternehmen oder 62% wurden an private Investoren verkauft. Bis Ende 2002 sollen weitere 20% oder etwa 65 Betriebe an private Interessenten verkauft werden.

Der Prozess des Verkaufs von sog. strategischen Unternehmen verläuft dagegen äußerst schleppend. Bisher konnten nur 6 von 86 Unternehmen verkauft werden. Gerade hier ruhen die Hoffnungen auf ausländischen Investoren. Experten der Weltbank werden im laufenden Jahr die Privatisierungsbemühungen unterstützen. In diesem Jahr wird der Verkauf von weiteren 8 großen Unternehmen an bevorzugt ausländische Investoren angestrebt.

In der RS wurde die Abgabe von Unternehmen gegen Voucher im Rahmen der großen Privatisierung beendet. Der nächste Schritt besteht im Verkauf der restlichen Anteile, wobei auch hier wie in der Föderation versucht wird, ausländische Investoren zu gewinnen. Bisher wurden 66 von 648 Unternehmen im Rahmen der großen Privatisierung vollständig privatisiert.

Ähnlich wie in der Föderation macht auch in der RS die kleine Privatisierung die größten Fortschritte. 42% oder 115 von insgesamt 276 Unternehmen wurden inzwischen verkauft. Die noch verbleibenden Betriebe werden periodisch angeboten. Bis Ende des laufenden Jahres sollen rd. 70% privatisiert sein.

Parallelen zwischen RS und Föderation existieren auch bei der Privatisierung der sog. strategischen Unternehmen. Bis Anfang 2002 konnten erst drei von insgesamt 52 Betrieben an ausländische Investoren verkauft werden. Über drei weitere Unternehmen werden derzeit noch Erfolg versprechende Verhandlungen geführt. Bei 21 weiteren Betrieben sind die Vorbereitungen mit internationaler Unterstützung so weit gediehen, dass sie durch Ausschreibungen angeboten werden können. Bisher blieb das Interesse ausländischer Investoren aber sehr gering.

Die Privatisierungsmethode insbesondere der großen Privatisierung führt in beiden Entitäten zu einer sehr zersplitterten Eigentümerstruktur. Daran ändern auch die Privatisierungs-Investment-Fonds nichts, denen die Besitzer von Voucher oder Zertifikaten ihre Anteile übertragen konnten. Der bestimmende Insider-Einfluss ist nicht nur geeignet, strategische Investoren abzuschrecken. In der Zeit bis zur Konsolidierung der Eigentumsverhältnisse droht den derart privatisierten Unternehmen auch ein lähmender Stillstand wegen der bekannten Probleme der Unternehmensleitung und der Kapitalbeschaffung. Zumindest in der RS sollten 2002 formal die Hinder-

nisse für eine Konsolidierung der Eigentümerverhältnisse beseitigt werden. Privatisierungs-Investment-Fonds können dann unbegrenzt Anteile an einzelnen Unternehmen erwerben; zuvor waren mengenmäßige Restriktionen zu beachten.

Eine weitere Voraussetzung für die Konsolidierung der Eigentumsrechte ist mit den inzwischen gegründeten Wertpapierbörsen in Sarajewo und in Banja Luka geschaffen worden. In Banja Luka wurde der Handel bereits aufgenommen. Wichtige Teilnehmer sind die Privatisierungs-Investment-Fonds.

Die Restrukturierung der Bankenlandschaft in Bosnien-Herzegowina schreitet voran. In beiden Entitäten wurde die Überprüfung der staatlichen Banken abgeschlossen. Sie wurden in drei Gruppen eingeteilt: die erste Gruppe der attraktivsten Institute hat das Potential, das Interesse ausländischer Investoren zu wecken. Die zweite Gruppe besteht aus Banken, die mit anderen Instituten verschmolzen werden, während die Banken der letzten Gruppen liquidiert werden. Im Ergebnis waren Anfang 2002 noch 53 Banken tätig, davon waren 41 Privatbanken, die rd. 80% der Assets des Bankensektors kontrollieren. Im gesamten Jahr 2001 konnten nur 8 Banken ihren Verpflichtungen (Mindestreserve) bei der Zentralbank in mehr als einer Periode nicht nachkommen. Diese wurden mit einer Strafe von 1,07 Mio. KM belegt, der sie nachkommen konnten. Die Einleitung eines Liquidationsprozesses wurde nicht erforderlich.

Der Bankensektor gilt inzwischen als ausreichend kapitalisiert. Dennoch blieb die Ausgabe von Krediten an Unternehmen weit hinter den Erwartungen zurück. Im Vergleich zum Vorjahr wurde der Kreditbestand sogar um über 180 Mio. KM reduziert.

Die Umgestaltung der Bankenlandschaft in der Föderation dürfte nahezu beendet sein. Nach der Privatisierung der PBS, der größten Bankengruppe

in der Föderation, über die im Dezember 2001 eine Übereinkunft erzielt wurde, werden 90% der Banken von Privaten gehalten, 70% von ausländischen Anteilseignern. Banken in ausländischem Eigentum dominieren inzwischen den Markt für Einlagen und Kredite. Die Rehabilitierung des Bankensektors zeigte 2001 bereits erste Erfolge. Zum ersten Mal nach drei Jahren, in denen das Bankensystem Verluste von 33 Mio. KM aufhäufte, war der Bankensektor insgesamt wieder profitabel. Zudem gewinnt die Bevölkerung zunehmend das Vertrauen in die Banken zurück, wie die neuen Spareinlagen in Höhe von 1,3 Mrd. KM im Jahr 2001 zeigen. Im Jahr zuvor waren nur neue Spareinlagen über 599 Mio. KM registriert worden.

In der RS blieben dagegen die strukturellen Reformen im Bankensektor hinter der Entwicklung in der Föderation zurück. Die finanzielle Situation der drei größten Banken der RS hat sich 2000 und 2001 soweit verschlechtert, dass zwei im September 2001 zahlungsunfähig wurden. Die Bankenagentur der RS arbeitete mit der Weltbank einen Plan aus, der in der Privatisierung oder Liquidierung der Institute mündet. Dennoch kontrollierten Anfang 2002 auch in der RS private Banken mehr als die Hälfte der Aktiva im Bankensektor und ausländische Investoren rd. 35%.

Unterstützt wird der Umbau des Bankensektors von der Schließung der Zahlungsbüros Anfang 2001. Die Aufgaben der Zahlungsbüros sind auf verschiedene Behörden sowie die Geschäftsbanken und die Zentralbank übertragen worden. Die Abwicklung des Zahlungsverkehrs obliegt nun im wesentlichen den Geschäftsbanken und erhöht die Liquidität im Bankensystem.

WALTER GRUBER

Bosnien-Herzegowina

Fläche: 51,2 Tsd. km²; Bevölkerung: 4,27 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt							
BIP, nominal	Mrd. KM	6,562	7,336	8,604	9,433	10,4	.
BIP, nominal	Mrd. USD	3,773	4,245	4,702	4,451	5,2	.
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	40	13,8	10,6	7,8	5,6	2,5
BIP pro Kopf	USD						
	Amtl. Wechselkurs	898	1003	1195	1042	1200	.
	Kaufkraftparität						
BIP	Index 1990=100 ¹	53	.
Industrie	Index 1990=100 ¹	21	.
Produktionsentwicklung, real							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	51,4	18,5	10,5	9,5	3,8	.
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	22,8	8,6
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %
Struktur lt. VGR							
Industrie	% des BIP	22,6	22,5
Landwirtschaft	% des BIP	17,5	16,0
Bauwesen	% des BIP
Dienstleistungen	% des BIP
Anteil des Privatsektors	% des BIP	40	.
Anteil des Privatsektors	% der Industrieprod.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	Reale Veränd. gg. Vorj., %
Investitionsquote lt. VGR	% des BIP	42	38	33	20	19	.
Zufluss von Direktinvest., netto							
Zahlungsbilanzangaben	Mio. USD	.	100	90	150	130	.
darunter aus Deutschland	Mio. EUR	.	.	2	11	.	.
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, ges., JD	Mio. Personen	350	605	658	640	598 ²	.
Männer	Mio. Personen
Frauen	Mio. Personen
in der Industrie	% d. Besch.
im Staatssektor	% d. Besch.
Arbeitslosenquote, ges., JD	%	65	43	39	39,6	41,0 ²	.
Männer	%
Frauen	%
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JE	Veränd. gg. Vorj., %	.	31,3	39,9	13,9	89,3	.
Zinssatz, jährl., JE	%, Rediskontsatz,
Realzins (PPI, lfd. Jahr), JD	%, jährl., aufg. Kredite
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	15	4	3,5	5,6	3,3	2
Konsumgüterpreise, JE	Veränd. gg. Vorj., %	.	.	.	7,5	0,8	.
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	65	22	30	17	.	.
Nettolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	.	.	26	0	9,2	.
Privater Verbrauch, real lt. VGR	Veränd. gg. Vorj., %
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %
Sparquote (priv. Haushalte)	% des verf. Eink.	.	.	.	5	.	.

Bosnien-Herzegowina – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1997	1998	1999	2000	2001*	2002**
Lebensstandard							
Monatslohn, JE	USD,						
netto	Amtl. Wechselkurs	.	.	190	176	187	.
brutto	Kaufkraftparität
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%						
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	33	.
Öffentliche Haushalte (kons.)							
Einnahmen	Mio. KM		4204	5198	5307	5464	.
Ausgaben	Mio. KM		4788	5984	6260	6093	.
Budgetsaldo	Mio. KM		-584	-786	-953	-629	.
Budgetsaldo	% des BIP		-8	-9,1	-10,1	-6,3	-5,5
Öffentl. Verschuldung	% des BIP					98	.
Außenwirtschaft							
Außenhandel insgesamt							
Export	Mio. USD	575	817	973	1037	1077	1200
Import	Mio. USD	2333	2573	2388	3063	3209	3300
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-1758	-1756	-1415	-2026	-2132	-2100
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	.	.	.	65,4	.	.
Deutschland	% der Exporte	.	.	.	13,8	13,8	.
GUS	% der Exporte
Russland	% der Exporte
CEFTA	% der Exporte
Import aus							
EU	% der Importe	.	.	.	43,8	.	.
Deutschland	% der Importe	.	.	.	13,6	10,4	.
GUS	% der Importe
Russland	% der Importe
CEFTA	% der Importe
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. EUR	284	304	323	357	408	.
Deutsche Einfuhr	Mio. EUR	62	92	98	112	140	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. EUR	222	212	225	245	268	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo	Mio. USD	.	-1378	-1091	-1770	-1906	.
	% des BIP (USD)	.	32,4	23,2	39,8	37	.
Währungsreserven, ges., JE	Mio. USD						
der Nationalbank, JE	Mio. USD	80	175	475	488	1253	.
Wechselkurs, JD	KM /USD	1,7301	1,7614	1,8343	2,074	2,2	.
	KM /EUR	1,9558	1,9558	1,9558	1,9558	1,9558	1,9558
Realer Wechselkurs, JE	Index 1995=100
Terms of Trade	Index 1990=100
Auslandsverschuldung,							
Brutto, Dez.	Mio. USD	.	.	.	3,0	2,7	.
Netto, Dez.	Mio. USD	4,0	2,8	2,6	2,1	.	.
Brutto	% des BIP	119,1	71,6	68,3	60,3	58,5	62
Schuldenquote (brutto)	% der Exporte						
Schuldendienstquote	% der Exporte	38,4	10,4	13,2	13,0	.	.

Anmerkung: * = vorläufige Angaben; ** = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

¹ Jahr vor dem ersten transformationsbedingten Einbruch; ² JE.

Quellen: Staatsanstalt für Statistik, Sarajewo, Weltbank, IMF, Statistisches Bundesamt, Zentralbank, WIIW, OHR, USAID.